Rödl & Partner

EILMELDUNG

СРОЧНАЯ ИНФОРМАЦИЯ

ÜBERBLICK BEHALTEN

Ausgabe
vom 16. April 2020
Выпуск
от 16 апреля 2020 г.

www.roedl.de/russland
www.roedl.com/ru

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

→ Stabilität in instabilen Zeiten: in Russland verabschiedetes Gesetz über den Schutz und die Förderung privater Investitionen, einschließlich ausländischer

Während zahlreiche Staaten, darunter auch Russland, Maßnahmen zur Rettung nationaler Unternehmen vor den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie durchführen, vergisst der russische Gesetzgeber auch die ausländischen Investoren nicht.

В этом выпуске:

→ Стабильность в нестабильные времена: в России принят закон о защите и поощрении частных, в том числе иностранных, инвестиций

В то время как государства, не исключая и Россию, генерируют меры по спасению национальных экономических субъектов от влияния пандемии коронавируса, российский законодатель не забывает и об иностранных инвесторах.

→ Stabilität in instabilen Zeiten: in Russland verabschiedetes Gesetz über den Schutz und die Förderung privater Investitionen, einschließlich ausländischer

von Alexandra Nechaeva,
Rödl & Partner Moskau

Während zahlreiche Staaten, darunter auch Russland, Maßnahmen zur Rettung nationaler Unternehmen vor den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie durchführen, vergisst der russische Gesetzgeber auch die ausländischen Investoren nicht.

Am 1. April 2020 ist das Föderale Gesetz Nr. 69-FZ „Über Schutz und Förderung der Kapitalinvestitionen in der Russischen Föderation“ vom 1. April 2020 (im Folgenden „Gesetz“) in Kraft getreten, durch das ein neuer systemischer Ansatz zur rechtlichen Regelung der Investitionstätigkeit, sowie zum staatlichen und kommunalen Schutz von Kapitalinvestitionen eingeführt wird.

Das Gesetz gestattet es Gesellschaften, die Investitionsprojekte umsetzen, die Vorhersagbarkeit und Stabilität der Regelung, einschließlich im Steuer- und Zollbereich, sicherzustellen.

REGELUNGSBEREICH

Das Gesetz regelt die Beziehungen, die im Zusammenhang mit der Durchführung von Investitionen auf Grundlage einer Vereinbarung über den Schutz und die Förderung von Kapitalinvestitionen entstehen, die mit dem Staat abzuschließen ist und die Umsetzung eines neuen Investitionsprojekts in einem der Bereiche der russischen Wirtschaft vorsieht, jedoch mit Ausnahme der folgenden Bereiche:

— Glücksspielgeschäfte;
— Herstellung von Tabakwaren, Alkoholika, Flüssigbrennstoff (die Einschränkung gilt nicht für Flüssigbrennstoff aus Kohle, sowie für Flüssigbrennstoff, der in Anlagen zur sekundären Verarbeitung von Erdölrohstoffen gemäß der durch die Regierung der Russischen Föderation bestätigten Liste hergestellt wird,);
— Gewinnung von Rohöl und Erdgas, darunter Begleitgas (die Einschränkung gilt nicht für Investitionsprojekte zur Verflüssigung von Erdgas);
— Groß- und Einzelhandel;
— Tätigkeit von Finanzunternehmen unter Aufsicht der Zentralbank der Russischen Föderation (die Einschränkung gilt nicht für die Fälle der Emission von Wertpapieren zur Finanzierung eines Investitionsprojekts);
— Bau (Modernisierung, Rekonstruktion) von Verwaltungs- und Geschäftszentren, Einkaufszentren (Komplexen) sowie von Wohnhäusern.

Das erste, was auffällt, ist, dass der Bau von Produktionsobjekten in der Ausnahmeliste fehlt, was die Lokalisierung zusätzlich motivieren sollte.

Durch das Gesetz wird ein ausführlicher Begriffsapparat eingeführt, insbesondere die Begriffe der staatlichen und kommunalen Unterstützung, Investitionen, Kapitalinvestitionen, Investitionsprojekt, Investor, Gesellschaften, die das Projekt umsetzen, Projektgesellschaften usw.

Der Investor ist nach den Vorstellungen des Gesetzgebers ein ausländischer Investor oder russische natürliche und juristische Personen (mehrere Personen). Dabei bleibt der Begriff „ausländischer Investor“ unverändert so, wie er im Föderalen Gesetz Nr. 160-FZ „Über ausländische Investitionen in der Russischen Föderation“ vom 9. Juli 1999 unter Berücksichtigung der darin bereits bestehenden Ausnahmen bestimmt ist, was die Kontinuität der staatlichen Ausrichtung auf den Schutz ausländischer Investitionen gewährleisten soll.

BEFUGNISSE DER STAATLICHEN BEHÖRDEN UND KOMMUNALEN SELBSTVERWALTUNGSBEHÖRDEN

Durch das Gesetz werden die Befugnisse der staatlichen Behörden und der kommunalen Selbstverwaltungsbehörden im Bereich der Regelung der Beziehungen, die im Zusammenhang mit der Tätigung der Investitionen auf Grundlage einer Vereinbarung über den Schutz und die Förderung der Kapitalinvestitionen entstehen, bestimmt, und zwar: Die Regierung der Russischen Föderation wird das Verfahren des Abschlusses der Vereinbarungen über den Schutz und die Förderung der Kapitalinvestitionen bestimmen, die Standardform der Vereinbarung bestätigen, das Verfahren zur Durch-

führung der Überwachung der Etappen der Umsetzung eines Investitionsprojekts bestätigen, die Form der Erklärungen über die Umsetzung eines Investitionsprojekts bei der Erstellung einer öffentlichen Projektinitiative durch eine föderale Exekutivbehörde, die Methode zur Bestimmung der Höhe der der Entschädigung unterliegenden Verluste und des tatsächlichen Schadens usw. bestätigen;

Zur informationsbezogenen Unterstützung der Umsetzung des Gesetzes wird ein staatliches Informationssystem „Kapitalinvestitionen" eingeführt, mit Informationen, die teilweise online zugänglich sein werden.

Offensichtlich, wird es möglich sein, eine Vereinbarung über den Schutz und die Förderung der Kapitalinvestitionen abzuschließen, nachdem die aufgeführten verschiedenen Akte verabschiedet werden. Jedoch gibt die hohe Geschwindigkeit, mit der die neue Regierung der Russischen Föderation arbeitet, Anlass zur Hoffnung, dass dies ungeachtet der Coronavirus-Situation in Kürze geschieht.

VEREINBARUNG ÜBER DEN SCHUTZ UND DIE FÖRDERUNG DER KAPITALINVESTITIONEN UND STABILISIERUNGSKLAUSEL

— PARTEIEN

Der Abschluss einer Vereinbarung über den Schutz und die Förderung der Kapitalinvestitionen stellt die unmittelbare Grundlage zur Unterstützung und zum Schutz der Investitionen dar. Die Parteien der Vereinbarung über den Schutz und die Förderung der Kapitalinvestitionen sind:

— Körperschaften des öffentlichen Rechts — abhängig vom Investitionsvolumen, einerseits,
— eine russische Projektgesellschaft, die speziell für die Umsetzung des Investitionsprojekts gegründet wurde, (wobei dies als Gegenstand ihrer Tätigkeit in deren Satzung aufgeführt ist), und deren Gesamteinkünfte zu mindestens 90 Prozent aus Einkünften bestehen, die aus der Umsetzung des Investitionsprojekts erhalten wurden, oder eine andere russische Gesellschaft, die das Projekt umsetzt — andererseits.

— STABILISIERUNGSKLAUSEL

Der Gegenstand der Vereinbarung über den Schutz und die Förderung der Kapitalinvestitionen ist die Pflicht einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, gegenüber einer Gesellschaft, die ein Projekt umsetzt, sicherzustellen, dass in Bezug auf diese Gesellschaft Akte (Beschlüsse) der entsprechenden Behörden, die verabschiedet (gefasst) werden und die die Bedingungen der Ausübung der unternehmerischen und/oder anderen Tätigkeit verschlechtern, nicht angewendet werden:

— über die Erhöhung der Sätze der Einfuhrzölle;
— über die Einführung zusätzlicher Pflichten und Verringerung des Umfangs der Rechte der Eigentümer und Mieter/Pächter der Grundstücke;
— über die Änderung des Verfahrens zur Bestimmung der Miete für ein öffentliches Grundstück;
— über die Feststellung sonstiger zusätzlichen Anforderungen an Bodennutzung und Bebauung;
— über die Änderung der Verfahren im Zusammenhang mit der städtebaulichen Tätigkeit usw.

Dem Unternehmen, das das Projekt umsetzt, wird das Recht gewährt, von der entsprechenden öffentlich-rechtlichen Körperschaft die Nichtanwendung solcher Akte (Beschlüsse) in Bezug auf das Unternehmen im Zuge der Umsetzung des Investitionsprojekts zu verlangen.

Das heißt, dass in Bezug auf Unternehmen, die ein Investitionsprojekt umsetzen, eine so genannte Stabilisierungsklausel gelten wird. Die Geltung einer solchen Klausel und die Frist ihrer Anwendung (mit möglicher Verlängerung) werden von der Einhaltung der Anforderungen in Bezug auf die Höhe der gesetzlich festgestellten Kapitalinvestitionen abhängen.

Durch das Gesetz wird auch die Liste der wesentlichen Bedingungen der Vereinbarung über den Schutz und die Förderung der Kapitalinvestitionen festgestellt, die als Checkliste zur Prüfung der Standardformen der Vereinbarung dienen soll.

— FRISTEN UND VERFAHREN DES ABSCHLUSSES UND DER KÜNDIGUNG EINER VEREINBARUNG ÜBER DEN SCHUTZ UND DIE FÖRDERUNG DER KAPITALINVESTITIONEN, STREITIGKEITEN

Eine Vereinbarung über den Schutz und die Förderung der Kapitalinvestitionen wird nach den Ergebnissen der Durchführung der festgestellten Verfahren im Rahmen einer privaten Projektinitiative (im Antragsverfahren) erstellt oder im Ausschreibungsverfahren im Rahmen einer öffentlichen Projektinitiative (in Form einer Deklaration) abgeschlossen. Eine Vereinbarung über den Schutz und die Förderung der Kapitalinvestitionen kann spätestens am 1. Januar 2030 abgeschlossen werden. Eine Vereinbarung über den Schutz und die Förderung der Investitionen gilt bis zur vollständigen Er-

füllung der Pflichten daraus durch die Parteien, falls gesetzlich nichts anderes vorgesehen ist.

Eine Vereinbarung über den Schutz und die Förderung der Kapitalinvestitionen, bei der die Russische Föderation keine Partei ist oder bei der eine Partei eine Kommune ist, kann frühestens am 1. April 2021 abgeschlossen werden.

Die Vereinbarung über den Schutz und die Förderung der Kapitalinvestitionen kann entweder im Einvernehmen der Parteien, oder auf Verlangen einer der Parteien gekündigt werden.

Streitigkeiten aus einer Vereinbarung über den Schutz und die Förderung der Kapitalinvestitionen können alternativ entweder durch ein staatliches Gericht der Russischen Föderation oder im Rahmen eines Schiedsverfahrens mit Gerichtssitz in der Russischen Föderation (bei Abschluss einer Schiedsvereinbarung) verhandelt werden.

— MASSNAHMEN DER STAATLICHEN UNTERSTÜTZUNG

Neben der aufgeführten Stabilisierungsklausel ist im Gesetz eine Reihe von Maßnahmen zur staatlichen Unterstützung vorgesehen, zu deren Umsetzung die Einbringung von Änderungen in andere Normativakte erforderlich ist, darunter in die Haushalts- und Steuergesetzgebung, wobei ein Teil dieser Änderungen bereits verabschiedet wurde.

Das Gesetz nennt unter der Maßnahmen der staatlichen Unterstützung die Erstattung der Aufwendungen aus Mitteln des föderalen Haushalts und/oder aus Mitteln des Haushalts eines Subjekts der Russischen Föderation innerhalb der gesetzlich festgestellten Fristen und bei der Erfüllung bestimmter Bedingungen für Schaffung (Bau), Modernisierung und/oder Rekonstruktion der Objekte der Versorgungs- und/oder Begleitinfrastruktur, die zur Umsetzung des Investitionsprojekts erforderlich sind, darunter zur Rekonstruktion der Infrastrukturobjekte im staatlichen (kommunalen) Eigentum, zur Bezahlung der Zinsen aus Krediten und Darlehen usw.

Außer den aufgeführten Maßnahmen bestimmen die Vereinbarungen über den Schutz und die Förderung der Kapitalinvestitionen für die diese Vereinbarungen abschließenden Steuerzahler die Vorschriften zur Stabilisierung der Steuerbedingungen: sie erhalten für die durch die Vereinbarung oder gesetzliche Vorschriften festgestellte Dauer Schutz vor der Änderung bestimmter Steuervorschriften- unter der Voraussetzung der Führung der getrennten Rechnungslegung im Rahmen der Umsetzung des Investitionsprojekts.

Als Fazit empfehlen wir Investoren, die Bedingungen der Anwendung dieses Instrumentes bei der Umsetzung ihrer Projekte in Russland zu analysieren, um die durch den russischen Staat gewährten Vorteile in maximal möglichem Umfang zu erhalten.

KONTAKT FÜR WEITERE INFORMATIONEN

Alexandra Nechaeva, LL.M.
(Deutschland)
Senior Associate
Juristin

T +7 495 9335 120
alexandra.nechaeva@roedl.com

→ Стабильность в нестабильные времена: в России принят закон о защите и поощрении частных, в том числе иностранных, инвестиций

Александра Нечаева
Rödl & Partner Москва

В то время как государства, не исключая и Россию, генерируют меры по спасению национальных экономических субъектов от влияния пандемии коронавируса, российский законодатель не забывает и об иностранных инвесторах.

01 апреля 2020 года вступил в силу Федеральный закон от 01.04.2020 N 69-ФЗ "О защите и поощрении капиталовложений в Российской Федерации" (далее – Закон), который вводит новый системный подход к правовому регулированию инвестиционной деятельности, а также государственной и муниципальной защите капиталовложений.

Закон позволит обеспечить компаниям, реализующим инвестиционные проекты, предсказуемость и стабильность регулирования, в том числе в налоговой и таможенной сфере.

СФЕРА РЕГУЛИРОВАНИЯ

Закон регулирует отношения, возникающие в связи с осуществлением инвестиций на основании соглашения о защите и поощрении капиталовложений, заключаемого с государством и предусматривающего реализацию нового инвестиционного проекта в одной из сфер российской экономики, за исключением таких сфер и видов деятельности как:

— игорный бизнес;
— производство табачных изделий, алкогольной продукции, жидкого топлива (ограничение неприменимо к жидкому топливу, полученному из угля, а также на установках вторичной переработки нефтяного сырья согласно перечню, утверждаемому Правительством Российской Федерации);
— добыча сырой нефти и природного газа, в том числе попутного нефтяного газа (ограничение неприменимо к инвестиционным проектам по сжижению природного газа);
— оптовая и розничная торговля;
— деятельность финансовых организаций, поднадзорных Центральному банку Российской Федерации (ограничение неприменимо к случаям выпуска ценных бумаг в целях финансирования инвестиционного проекта);
— строительство (модернизация, реконструкция) административно-деловых центров и торговых центров (комплексов), а также жилых домов.

Первое, что бросается в глаза, это отсутствие в списке исключений строительства производственных объектов, что должно будет являться дополнительным стимулом для локализации.

Закон вводит обширный понятийный аппарат, в частности, понятия государственной или муниципальной поддержки, инвестиций, капиталовложений, инвестиционного проекта, инвестора, организации, реализующей проект, проектной компании и др.

Инвестор по замыслу законодателя это иностранный инвестор, а также российские физические и юридические лица (несколько лиц). При этом, понятие иностранного инвестора остается прежним как это было определено в Федеральном законе от 9 июля 1999 года N 160-ФЗ "Об иностранных инвестициях в Российской Федерации" с учетом уже имеющихся в нем исключений, что обеспечивает преемственность имеющегося государственного курса защиты иностранных инвестиций.

ПОЛНОМОЧИЯ ОРГАНОВ ГОСУДАРСТВЕННОЙ ВЛАСТИ И МЕСТНОГО САМОУПРАВЛЕНИЯ

Закон устанавливает полномочия органов государственной власти и местного самоуправления в сфере регулирования отношений, возникающих в связи с осуществлением инвестиций на основании соглашения о защите и поощрении капиталовложений, в частности:

Правительство РФ установит порядок заключения соглашений о защите и поощрении капиталовложений, утвердит типовую форму соглашения, утвердит порядок осуществления мониторинга этапов реализации

инвестиционного проекта, утвердит форму декларации о реализации инвестиционного проекта при формировании публичной проектной инициативы федеральным органом исполнительной власти, методику определения размера подлежащих возмещению убытков и реального ущерба и т.д.;

В целях информационного обеспечения реализации Закона будет создана государственная информационная система "Капиталовложения" с информацией, часть из которой будет общедоступна в информационно-телекоммуникационной сети "Интернет".

Очевидно, что заключить соглашение о защите и поощрении капиталовложений будет возможно после принятия вышеуказанных подзаконных нормативных актов. Однако, высокая скорость работы нового Правительства Российской Федерации дает надежду на то, что это случится уже в ближайшем будущем несмотря на ситуацию с коронавирусом.

СОГЛАШЕНИЕ О ЗАЩИТЕ И ПООЩРЕНИИ КАПИТАЛОВЛОЖЕНИЙ И СТАБИЛИЗАЦИОННАЯ ОГОВОРКА

— СТОРОНЫ

Заключенное соглашение о защите и поощрении капиталовложений является непосредственным основанием для поддержки и защиты инвестиций.

Сторонами соглашения о защите и поощрении капиталовложений являются

— с одной стороны в зависимости от объема капиталовложений публично-правовое образование,
— с другой стороны – российская проектная компания, специально созданная для реализации инвестиционного проекта, с указанием об этом в ее уставе в качестве предмета деятельности, и не менее 90 процентов всей выручки которой будет составлять выручка, полученная от реализации инвестиционного проекта, или иная российская организация, реализующая проект.

— СТАБИЛИЗАЦИОННАЯ ОГОВОРКА

Предметом соглашения о защите и поощрений капиталовложений является обязанность публично-правового образования обеспечить организации, реализующей проект, неприменение в ее отношении ухудшающих условия ведения предпринимательской и (или) иной деятельности актов (решений) соответствующих органов власти, которые будут изданы (приняты):

— об увеличении ставок вывозных таможенных пошлин;
— о введении дополнительных обязанностей и уменьшении объема прав собственников и арендаторов земельных участков;
— об изменении порядка определения арендной платы за публичный земельный участок;
— об установлении иных дополнительных требований к землепользованию и застройке территорий;
— об изменении процедур, связанных с градостроительной деятельностью и др.

Организации, реализующей проект, предоставляется право требовать от соответствующего публично-правового образования неприменение к ней таких актов (решений) при реализации инвестиционного проекта. То есть в отношении организаций, реализующих инвестиционный проект, будет действовать так называемая стабилизационная оговорка. Действие такой оговорки и срок ее применения (с возможностью продления) будут зависеть от соблюдения требований к объему капиталовложений, установленных Законом.

Закон также устанавливает перечень существенных условий соглашения о защите и поощрений капиталовложений, который будет служить чек-листом для проверки типовых форм соглашения.

— СРОКИ И ПОРЯДОК ЗАКЛЮЧЕНИЯ И РАСТОРЖЕНИЯ СОГЛАШЕНИЯ О ЗАЩИТЕ И ПООЩРЕНИИ КАПИТАЛОВЛОЖЕНИЙ, РАЗРЕШЕНИЕ СПОРОВ

Соглашение о защите и поощрении капиталовложений заключается по результатам осуществления установленных процедур в рамках частной проектной инициативы (формируемой в заявительном порядке) или на конкурсной основе в рамках публичной проектной инициативы (формируемой в декларационном порядке).

Предельный срок для заключения соглашения о защите и поощрении капиталовложений - не позднее 1 января 2030

года. Соглашение о защите и поощрении капиталовложений будет действовать до полного исполнения сторонами своих обязанностей по нему, если иное не предусмотрено Законом.

Соглашение о защите и поощрении капиталовложений, стороной которого не является РФ или стороной которого является муниципальное образование, может быть заключено не ранее чем 01 апреля 2021 года.

Соглашение о защите и поощрении капиталовложений можно будет расторгнуть либо по соглашению сторон, либо по требованию одной из сторон.

Споры по соглашению о защите и поощрении капиталовложений можно будет рассматривать альтернативно либо государственным судом Российской Федерации либо в рамках третейского разбирательства с местом арбитража в Российской Федерации при заключении арбитражного соглашения.

— МЕРЫ ГОСУДАРСТВЕННОЙ ПОДДЕРЖКИ

Помимо вышеуказанной стабилизационной оговорки, Закон предусматривает еще ряд мер государственной поддержки, для реализации которых необходимо внесение изменений в другие нормативные акты, в частности, в бюджетное и налоговое законодательство, часть из которых уже была принята.

Среди мер государственной поддержки Закон называет возмещение затрат за счет средств федерального бюджета и (или) за счет средств бюджета субъекта Российской Федерации в течение определенных Законом сроков и при выполнении определенных условий на создание (строительство), модернизацию и (или) реконструкцию объектов обеспечивающей и (или) сопутствующей инфраструктур, необходимых для реализации инвестиционного проекта, в том числе на реконструкцию объектов инфраструктуры, находящихся в государственной (муниципальной) собственности, на уплату процентов по кредитам и займам и др.

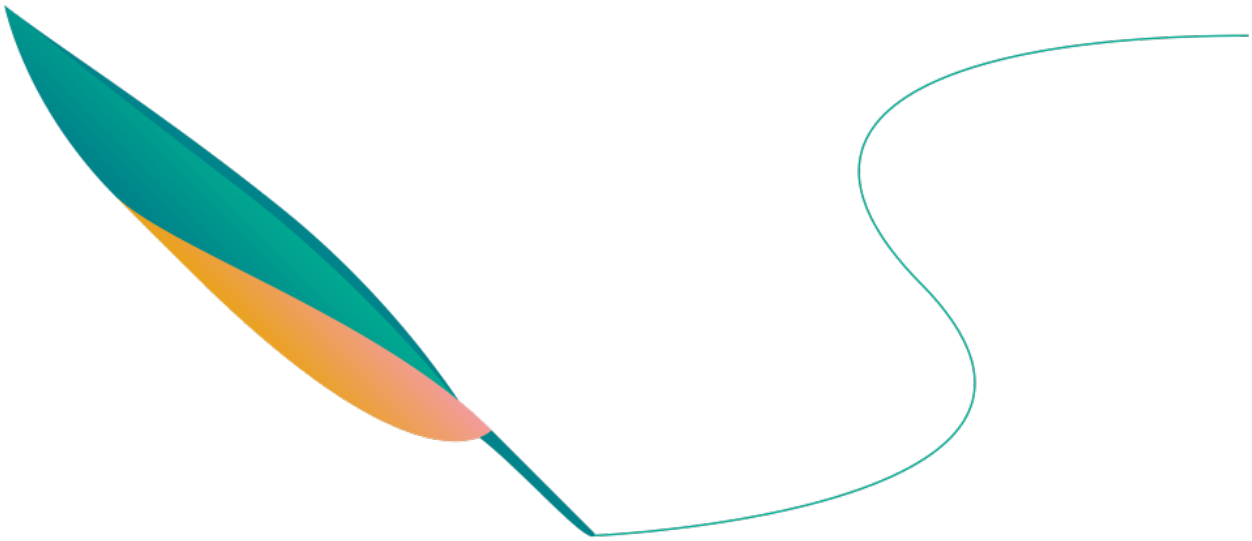
Кроме вышеперечисленных мер, соглашения о защите и поощрении капиталовложений обуславливает для заключивших их налогоплательщиков правила стабилизации налоговых условий, - они получат на срок, установленный соглашением или Законом, защиту от изменения определенных налоговых правил при условии ведения раздельного учета по деятельности в рамках реализации инвестиционного проекта.

Подводя итоги, мы рекомендуем инвесторам изучить условия применения данного инструмента в при осуществлении своих проектов в России для получения максимальных выгод, предоставляемых российским государством.

КОНТАКТНОЕ ЛИЦО:

Александра Нечаева, LL.M.
(Германия)
Senior Associate
Юрист

T +7 495 9335 120
alexandra.nechaeva@roedl.com



Impressum

Herausgeber:
OOO Rödl & Partner
Elektrozawodskaja ul. 27, Gebäude 2
107023 Moskau
T + 7 495 9335 120
www.roedl.com/ru

Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Andreas Knaul
andreas.knaul@roedl.com

Layout/Satz:
Olga Laletina
olga.laletina@roedl.com

Dieser Newsletter ist ein unverbindliches Informationsangebot und dient allgemeinen Informationszwecken. Es handelt sich dabei weder um eine rechtliche, steuerrechtliche oder betriebswirtschaftliche Beratung, noch kann es eine individuelle Beratung ersetzen. Bei der Erstellung des Newsletters und der darin enthaltenen Informationen ist Rödl & Partner stets um größtmögliche Sorgfalt bemüht, jedoch haftet Rödl & Partner nicht für die Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit der Informationen. Die enthaltenen Informationen sind nicht auf einen speziellen Sachverhalt einer Einzelperson oder einer juristischen Person bezogen, daher sollte im konkreten Einzelfall stets fachlicher Rat eingeholt werden. Rödl & Partner übernimmt keine Verantwortung für Entscheidungen, die der Leser aufgrund dieses Newsletters trifft. Unsere Ansprechpartner stehen gerne für Sie zur Verfügung.

Der gesamte Inhalt des Newsletters und der fachlichen Informationen im Internet ist geistiges Eigentum von Rödl & Partner und steht unter Urheberrechtsschutz. Nutzer dürfen den Inhalt des Newsletters nur für den eigenen Bedarf laden, ausdrucken oder kopieren. Jegliche Veränderungen, Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe des Inhalts oder von Teilen hiervon, egal ob on- oder offline, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung von Rödl & Partner.